

# «Wir sind grosse Schenker»

Der Ökonom Reiner Eichenberger fordert Klarheit über die Kosten der Zuwanderung

Von Andrea Sommer, Bern

**BaZ:** Herr Eichenberger, wie der 13. Seco-Bericht zeigt, hat die Personenfreizügigkeit nach 15 Jahren keine negativen Effekte auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Alles halb so wild?

**Reiner Eichenberger:** Erfreulich ist, dass wir nur in speziellen Fällen Verdrängungseffekte sehen, und dass sich die flankierenden Massnahmen nicht generell lähmend auf den Arbeitsmarkt auswirken. Die Auswirkungen der Zuwanderung auf alle anderen Bereiche blendet das Seco jedoch wie üblich aus und konzentriert sich allein auf den Arbeitsmarkt. Dabei ist es eine Binsenwahrheit, dass Zuwanderung in einen flexiblen Arbeitsmarkt keine grossen Probleme bringt.



**Wieso nicht?**

Wenn viele Arbeitnehmer zuwandern, dann drückt dies auf die Löhne, aber auch auf die Lohnkosten. Das macht die Schweiz wiederum attraktiver für Investoren. So entstehen neue Arbeitsplätze, und weniger werden ins Ausland verlagert. Wenn die Märkte frei spielen können, wachsen die Arbeitskräfte und Arbeitsplätze im Gleichschritt, und die Löhne bleiben unberührt.

**Dennoch: Laut Seco-Bericht betrug das Pro-Kopf-Wachstum in den letzten 15 Jahren zwölf Prozent.**

Das ist nicht zum Jubeln, das hatten andere Länder auch ohne Zuwanderung. Allein aufgrund des technischen Fortschritts in den letzten 15 Jahren in der Schweiz ein Pro-Kopf-Wachstum von vielleicht 0,6 bis 1,2 Prozent zu erwarten gewesen.

**Immerhin hat die Kaufkraft zugenommen, das spüren die Leute direkt im Portemonnaie.**

Ich verstehe nicht, wie man dies aufgrund der vorliegenden Studien behaupten kann. Sagen lässt sich nur, dass es auf dem Arbeitsmarkt keine Katastrophe gab. Aber dazu ist keine teure, aufwendige Studie nötig. Zu diesem Schluss kommt jeder, der eine Ahnung von Ökonomie hat. Deshalb sollte man die Zuwanderung weder verteufeln noch bejubeln. Auch sollte man endlich nicht mehr nur auf den Arbeitsmarkt starren und stattdessen die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit mit gesundem Menschenverstand betrachten.

**Was heisst das konkret?**

Ein Prozent Bevölkerungswachstum über mehrere Jahre ist ein Problem. Das heisst, wir verbrauchen von allem mehr: mehr Land, mehr Infrastruktur, mehr Umweltgüter. Der schnelle Ausbau der Infrastruktur führt zu überproportionalen Kostensteigerungen. All die so verbrauchten knappen Ressourcen



**Gefahr des Lohndumpings.** Feldarbeiter aus Polen, Nordafrika und der Schweiz ernten in Seegraben (AG) Melonen. Foto Key

cen könnten wir klüger anders – für die bisherige Bevölkerung – verwenden.

**Was den Wohnraum angeht, ist doch der gestiegene Pro-Kopf-Verbrauch der Grund für den zunehmenden Bodenbedarf.**

Das wird gerne so verbreitet, stimmt aber nicht. Dank neuer Daten weiss man, dass es in der Schweiz seit etwa 2005 beim durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnraumverbrauch praktisch keine Zunahme mehr gibt. Heute ist allein das Bevölkerungswachstum der Grund für den stetig steigenden Wohnraumkonsum.

**Die Zuwanderer bringen auch etwas, sie zahlen Steuern, Sozialleistungen und konsumieren. Auch die AHV profitiert.**

Wie das Seco im Bericht selber feststellt, verschiebt sich das demografische Problem in der Altersvorsorge durch die Zuwanderung lediglich. Wer glaubt, die Personenfreizügigkeit löse unser AHV-Problem, irrt. Jährlich werden 30 000 bis 40 000 Personen eingebürgert. Die Ausländer, die heute in die AHV einzahlen, werden später voraussichtlich als Schweizer eine Rente beziehen.

**Laut dem Seco-Bericht kommen durch die Personenfreizügigkeit eher jüngere Leute in die Schweiz.**

Über das Leben gerechnet sind nur Zuwanderer, die direkt nach der Ausbildung kommen, Nettozahler. Aber wenn sie Kinder haben und man nur

schon deren Ausbildungskosten von 20 000 Franken pro Kind und Jahr einrechnet, dann ist Zuwanderung für die Schweiz kein Geschäft. Oder anders gesagt: Nur Zuwanderer, die deutlich über 200 000 Franken im Jahr verdienen oder ihre Kinder in eine Privatschule schicken, sind Nettozahler. Der Schweizer Staat hat netto gerechnet keine Schulden, sondern ein riesiges Vermögen. Zuwanderer können an dem Vermögen gleichwertig partizipieren. Dadurch sinkt das Pro-Kopf-Vermögen. Wir können also selbstbewusst nach Brüssel gehen und sagen: Wir sind keine Rosinenpicker sondern grosse Schenker.

**Sie wollen die Zuwanderung stoppen?**

Nein, aber wir sollten sie senken und steuern. Das schnelle Bevölkerungswachstum verteuert die Infrastruktur, den Boden, die Umweltgüter. Kostenanalysen kämen wohl zum Schluss, dass die Zuwanderung in einigen Bereichen schlecht, in andern aber bei kluger Infrastrukturpolitik recht gut verkraftbar ist. Aber für eine gute Infrastrukturpolitik muss man eben alle Konsequenzen der Zuwanderung kennen. Dass unsere Regierung diese Abklärungen nicht machen lässt, ist gegen die Interessen des Landes. Der Bundesrat fürchtet wohl, bei negativen Resultaten in Brüssel erklären zu müssen, dass wir ein Problem mit der Personenfreizügigkeit haben.

**Das Parlament hat dem Bundesrat lediglich den Auftrag erteilt, die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt zu untersuchen.**

Ja, leider. Aber es bestünde durchaus Spielraum für weiterführende Analysen. Heute betreibt man mit grossem Aufwand Studien auf einem Gebiet, obwohl die entscheidende Schlacht gar nicht dort stattfindet. So wie wir mit den Folgen der Personenfreizügigkeit umgehen, werden deren positiven Effekte privatisiert und die hohen Kosten sozialisiert.

**«Nur Zuwanderer, die über 200 000 Franken im Jahr verdienen, sind Nettozahler.»**

**Wer zahlt heute für die Zuwanderung?**

Durch die Zuwanderung wird Wohnraum und Land knapper und dadurch teurer. Verlierer sind also die Mieter und diejenigen, die nur Wohnraum für den Eigenbedarf besitzen und wegen steigendem Eigenmietwert mehr Steuern zahlen müssen. Natürlich belasten die steigenden Kosten für Infrastruktur und Umweltschutz auch die Steuerzahler allgemein. Zudem steigen die Kosten in Bereichen mit politischen Selbstversorgungszielen, und so etwa die Strom- und Lebensmittelkosten. Und schliesslich fallen die Kosten nicht nur in Geldpreisen, sondern etwa bei zusätzlichen Staus in Zeitpreisen an.

**Und wer profitiert?**

Jene, die mehr Land und Raum besitzen, als sie zum Eigenbedarf brauchen. Zudem Manager in geschützten Branchen, in denen nicht leicht neue Firmen entstehen können. Da bringt das zuwanderungsgetriebene Bevölkerungswachstum Mehrumsätze und damit oft mehr Boni für die Manager. Die am besten geschützte Branche ist die Politik: Da wachsen die Steuereinnahmen, die Ausgaben und auch die Aufgaben. Davon träumen manche Politiker.

## Zuwanderer verdrängen Einheimische nicht vom Arbeitsmarkt

Seco präsentiert jährlichen Bericht zu den Auswirkungen des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU auf die Schweiz

**Bern.** Die hohe Zuwanderung verdrängt die einheimische Bevölkerung nicht aus dem Arbeitsmarkt und führt kaum zu Lohndumping. Zu diesem Schluss kommt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) auch in seinem jüngsten Bericht, der gestern präsentiert wurde.

Seit nunmehr fünfzehn Jahren ist das Freizügigkeitsabkommen mit der EU in Kraft, zum dreizehnten Mal hat das Seco die Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt untersucht. Die Zuwanderung hat mit dem freien Personenverkehr deutlich zugenommen. Vergangenes Jahr wanderten unter dem Strich 56 300 Personen ein. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit waren es jährlich im Durchschnitt 65 500 Personen, knapp zwei Drittel aus der EU.

Im Vergleich zu den EU-Ländern ist der Anteil Eingewandelter an der Gesamtbevölkerung hoch. Einzig Luxemburg verzeichnete in den letzten Jahren einen noch höheren Anteil, wie es in dem am Bericht heisst.

Das Seco erklärt die hohe Zuwanderung mit der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Schweiz. Die Wirtschaft hat einen grossen Bedarf an Arbeitskräften, die seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im EU-Raum rekrutiert werden können. Besonders gross ist die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften. Ohne Personenfreizügigkeit wäre es laut dem Bericht zu einem Fachkräftemangel gekommen. In den entsprechenden Branchen sind 16 Prozent der Beschäftigten EU-Zuwanderer, über alle Wirtschaftszweige beträgt der Anteil 12 Prozent.

**Hauptsächlich Fachkräfte**

Auch niedrigqualifiziertes Personal wurde gemäss Seco vermehrt im EU-Raum rekrutiert. Die einheimische Bevölkerung habe diese Bereiche durch höhere Qualifizierung tendenziell verlassen. Absolut gesehen habe die Zuwanderung von Hochqualifizierten aber die klare Hauptrolle gespielt.

Aus welchen Ländern Personen einwandern, hängt von der wirtschaftlichen Situation in den Herkunftsländern ab. Während in den Jahren vor der Finanzkrise viele aus Deutschland einwanderten, gewann in den Jahren danach die Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa an Bedeutung.

Befürchtungen, dass sich die Zuwanderung damit von der Nachfrage nach Arbeitskräften abkoppeln könnte, haben sich gemäss dem Bericht nicht bestätigt. Die weitere Entwicklung der Zuwanderung aus Osteuropa sei indes mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wie gut die arbeitsmarktliche Integration dieser Personen gelinge, lasse sich noch nicht beurteilen.

Mit der Ventilklausel wird die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien vorübergehend wieder gesteuert. Zudem sieht das Seco ein begrenztes Potenzial für künftige Wanderungen aus diesen Ländern, weil die Erwerbsbevölkerung wegen der Abwanderung bereits beachtlich geschrumpft ist.

Die hohe Zuwanderung führt zwar seit Jahren zu politischen Kontroversen, aber nicht zu mehr Arbeitslosigkeit. Die Erwerbsbeteiligung hat in den letzten 15 Jahren zugenommen – sowohl bei den Schweizerinnen und Schweizern als auch bei den Zuwanderern, wobei Zuwanderer ein erhöhtes Erwerbslosigkeitsrisiko haben.

Dennoch dürfe nicht ausgeschlossen werden, dass die Konkurrenz in einzelnen Märkten als Folge der Zuwanderung zugenommen habe und dass einzelne Bevölkerungsgruppen schlechtere Chancen hätten, heisst es im Bericht.

Dasselbe gilt für die Löhne. Die Reallöhne seien mit durchschnittlich 0,8 Prozent pro Jahr robust gewachsen, schreibt das Seco. Am ehesten deute ein leicht gedämpftes Lohnwachstum bei den Hochqualifizierten auf einen möglichen Zusammenhang mit der Zuwanderung hin. Bei den tiefen Löhnen hätten sich die flankierenden Massnahmen als wirksames Instrument zum Schutz der Löhne erwiesen.

Künftig gibt es ein weiteres Instrument, das negative Auswirkungen der Zuwanderungen abfedern soll: Die Stellenmeldepflicht in Berufsgruppen mit erhöhter Arbeitslosigkeit, die das Parlament zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beschlossen hat.

**Negative Bilanz bei der ALV**

Für die Arbeitslosenversicherung (ALV) ist die Zuwanderung ein Verlustgeschäft. Selbst Bürger von EU- und EFTA-Ländern beziehen mehr Leistungen, als sie einzahlen. 2015 lagen die geleisteten Beiträge 20 Prozent tiefer als die bezogenen Arbeitslosengelder.

Der Seco-Bericht zeigt auch, dass manche Kantone viel stärker von der Zuwanderung und deren Auswirkungen betroffen sind als andere. Den grössten Anteil machen Zugewanderte aus der EU mit 18,1 Prozent im Kanton Tessin. Die Erwerbslosenquote lag in der Westschweiz und im Tessin über den gesamten Zeitraum deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. SDA